

**XX. Beirat beim Ortsamt Burglesum**  
**Niederschrift über die 8. Beiratssitzung am 25. Februar 2020**  
**Sitzungsraum des Ortschaftes Burglesum, Oberreihe 2, 28717 Bremen**  
**Beginn 19:00 Uhr – Ende 21:40 Uhr**

Anwesend waren  
die Damen und Herren Beiratsmitglieder  
M. Wolter, N. Heide, U. Appel, W. Müller, M. Pacaci-  
M. Hornhues, H. Lürßen, M. Freihorst-  
B. Punkenburg, E. Friesen, U. Schnaubelt-  
P.Heereman-  
R. Tegtmeier –  
H. Rühl, K.-T. Buddenbohm–

Vorsitzender Herr Boehlke vom Ortsamt Burglesum  
Protokoll Frau Tietjen vom Ortsamt Burglesum

\*

**Herr Boehlke** eröffnet die 8. Sitzung des 20. Beirates Burglesum und begrüßt alle Anwesenden herzlich.

**Herr Boehlke** teilt mit dass heute der Schülerpraktikant Tamme Holle an der Beiratssitzung teilnimmt.

**Herr Hornhues** bittet die Beiratsmitglieder und Anwesenden, sich für eine Schweigeminute zum Gedenken der Opfer des Anschlags von Hanau zu erheben.

**Tonaufnahmen:**

**Herr Boehlke** weist darauf hin, dass zur Erstellung des Protokolls Tonbandaufnahmen angefertigt werden. Wer keine Aufnahme seines Wortbeitrages wünscht, wird um Mitteilung gebeten. Die Aufnahme wird dann unterbrochen.

**Genehmigung der Tagesordnung:**

Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde mit der Einladung des Ortschaftes am 13.02.2020 verschickt.

Herr Boehlke teilt mit, dass eine Änderung zur Tagesordnung vorliegt. Er schlägt vor, den TOP 1 „Genehmigung des Protokolls vom 28.01.2020“ abzusetzen, weil das Protokoll noch nicht fertig gestellt ist.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung liegen nicht vor. Herr Boehlke lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

*Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.*

## **TOP 1: Genehmigung der Protokolle vom 28.01.2020**

abgesetzt.

## **TOP 2: Wünsche und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger**

Keine

## **TOP 3: Stadtteilbudget für die offene Jugendarbeit in Burglesum und Vorstellung der Referatsleitung**

**Herr Boehlke** begrüßt Frau Sandra Schütz vom Amt für Soziale Dienste.

**Herr Boehlke** informiert zunächst die Beiratsmitglieder über den Sachverhalt. Nach dem Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter muss der Beirat dem Budget zur offenen Jugendarbeit formal zustimmen.

Derzeit gibt es aber keine großen Veränderungen aufgrund der Haushaltsberatungen. Erste Anzeichen signalisieren aber eine Erhöhung der Mittel.

Frau Schütz stellt sich kurz vor, sie ist die neue Referatsleitung „Junge Menschen“ beim Amt für Soziale Dienste, zuständig für den Bereich Burglesum.

Sie kann nur wenig berichten: Zurzeit ist monatlich nur die Vergabe von 1/12 der Gesamtmittel durchgeführt worden. Früher war dieser nur monatlich  $\frac{1}{4}$  gewesen. Ab Juli ist mit dem Ende der Haushaltsberatungen zu rechnen, dann wird mit dem Träger neu über die Vergabe diskutiert.

**Frau Lürßen** bezieht sich auf die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 20. Juli 2020. Im Rahmen der Tagung wurde viel Geld versprochen aus einem Finanzierungstopf „Sport und Bewegung“.

**Frau Schütz** ist dieser Topf nicht bekannt.

**Frau Lürßen** hofft auf mehr Gelder für die offene Jugendarbeit. Auch sollen wohl Angebote für jüngere Kinder entstehen. Das würde sie sehr begrüßen.

**Frau Schütz** merkt an, dass vielleicht der „Sportgarten“ gemeint ist.

**Herr Heereman** fragt, ob Frau Schütz nur für Burglesum zuständig ist, Das wird bejaht. **Herr Müller** fragt, ob es Möglichkeiten für Vereine gibt, bei Kindern, die den Vereinsbeitrag nicht zahlen können eine Bezuschussung der Beiträge zu erhalten.

**Frau Schütz** verweist auf die Abteilung Sport beim Sozialressort.

**Herr Berger** aus dem Publikum möchte wissen welche Projekte auf welche Einrichtung verteilt sind. **Frau Schütz** nennt die Jugendzentren UPS, Fockengrund und Burglesum. Finanzielle Mittel für zusätzliche Projekte im Jahr sind nicht vorhanden.

**Herr Heide** fragt, warum es für Burglesum verhältnismäßig wenig finanzielle Mittel gibt.

**Frau Schütz** begründet das mit dem von den Sozialindikatoren abhängigen Budget. Da ist Burglesum relativ gut aufgestellt im Vergleich zu anderen Stadtteilen.

**Beschluss:** (einstimmig)

*Der Beirat nimmt den Bericht zur Kenntnis.*

#### **TOP 4: Rückblick und Ausblick zum Projekt „Umweltwächter\*innen im Bremer Norden**

**Herr Boehlke** begrüßt Herrn Ulrich Ipach und Herrn Holger Degwitz vom Arbeit- und Lernzentrum e.V. (ALZ).

**Herr Boehlke** informiert den Beirat, dass zum Jahreswechsel das Projekt verlängert wurde und nun durch eine andere Förderkulisse begleitet wird.

Unstrittig ist, dass es sich um ein sehr wichtiges Projekt mit hoher Anerkennung im Stadtteil handelt. Der Beirat wünscht sich einen Rückblick und Ausblick durch Herrn Ipach und Herrn Degwitz.

**Herr Ipach** schildert, dass die ersten Umweltwächter im April/Mai 2018 angefangen haben. Das Projekt nach § 16e SGBII lief bis zum 31.12.2019. Danach wurde ein neues Programm aufgelegt über § 16i SGB II. Die neuen Verträge laufen bis Dezember 2021 und es ist personenbezogen eine weitere Verlängerung geplant für weitere drei Jahre. Die Umweltwächter waren zunächst von der Senatskanzlei betreut worden und sind nun bei Performa Nord angestellt und werden von der dortigen Personalverwaltung betreut.

Aktuell sind 12 Umweltwächter im Einsatz, fünf in Vegesack, drei in Blumenthal und drei in Burglesum. Drei Stellen sind zurzeit offen.

**Frau Wolter** lobt das Projekt und möchte wissen, wie es danach weitergeht.

**Herr Hornhues** betont, dass der Beirat immer eine Präsenz von Personen, die einen Blick auf die Vermüllung im Stadtteil haben, gewünscht hat. Er erwartet, dass der öffentliche Dienst dieses Projekt verstetigt, weil der Bedarf da ist.

**Herr Heereman** glaubt, dass durch das Projekt ein echter Mehrwert geschaffen wurde, es ist notwendig, dass aus den Stellen etwas Dauerhaftes wird. **Herr Heereman** fragt, ob die Umweltwächter mobil sind.

**Herr Ipach** bestätigt, dass ein Fahrzeug im letzten Jahr angeschafft wurde, finanziert aus Eigenmitteln und Mitteln der Beiräte Burglesum und Vegesack.

Wie es mit der Verstetigung der Stellen sein wird, kann man noch nicht sagen. Die Förderungsvoraussetzungen für den § 16i SGB II sind: Mindestens 25 Jahre alt, mindestens sieben Jahre arbeitslos, mindestens sechs Jahre Leistungsbezug. Dazu eventuell weitere persönliche Voraussetzungen wie Kinder etc. Die Förderung verläuft degressiv: zunächst 100 Prozent, dann 90, 80 und 70 Prozent. Der Personalfehlbedarf wird bis 31.12.2020 beim gemeinnützigen Arbeitgeber finanziert. Was in fünf Jahren sein wird, ist weit voraus gedacht.

Einige der Umweltwächter werden dann schon in Richtung Rente gehen. Es kommt auf die politische Entwicklung an.

**Frau Schnaubelt** findet es sehr wichtig, dass die Menschen nicht danach wieder in den Sozialleistungsbezug geraten. **Herr Friesen** lobt das Projekt, er sieht, dass der Ortsamtsbereich sehr viel sauberer geworden ist. **Frau Wolter** fragt, ob auch Frauen im Einsatz sind.

**Herr Degwitz** berichtet, dass zurzeit eine Frau im Einsatz ist. Die Umweltwächter arbeiten relativ selbstständig und teilen sich die Einsatzorte ein. Bei Bedarf wird vom Ortsamt oder vom ALZ die Örtlichkeit vorgegeben.

Es erfolgt ein Beschlussvorschlag durch **Herrn Boehlke**.

**Beschluss:** (einstimmig)

*Der Beirat Burglesum nimmt den Bericht zur Kenntnis und begrüßt die Fortführung des Projektes. Der Senator für Finanzen und die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa werden gebeten, frühzeitig Maßnahmen zu ergreifen, die Umweltwächter\*innen nach Ablauf des Förderzeitraumes in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis, möglichst bei der Freien Hansestadt Bremen, überzuleiten.*

## **TOP 5: Angebot eines pädagogischen Mittagstisches für die Grundschule St. Magnus**

**Herr Boehlke** führt aus, dass sich der Beirat im letzten Jahr fraktionsübergreifend für dieses Angebot ausgesprochen hat, entsprechend waren auch die Reaktionen, als nun das Angebot Mitte des Jahres wiedereingestellt werden soll.

Heute erscheint keine Vertretung von der Senatorin für Kinder und Bildung mit Hinweis auf den Bericht in der Deputationssitzung am 19.02.2020: Danach wäre die gefundene Lösung in der Deputationsvorlage ausreichend schriftlich dargelegt. Die Betreuung ist abschließend geklärt, es hätten sich keine neuen Erkenntnisse oder Veränderungen ergeben.

Derzeit wird eine Prüfung nach einem Alternativangebot im Horthaus Lesum durchgeführt. Die Betreuung könnte im Horthaus in Lesum Am Heidbergstift angeboten werden. Die Mittel werden dafür bereitgestellt. Die Kinder sollen in einem Shuttle-Bus nach Lesum und wieder zurückgebracht werden.

Eine Sprecherin der betroffenen Eltern stellt die aktuelle Situation aus Sicht der Betroffenen dar:

Ab dem nächsten Schuljahr soll der pädagogische Mittagstisch eingestellt werden. Sollte sich keine Lösung finden, sind 13 Kinder ab den Sommerferien mittags ab 13 Uhr und in den Ferien ohne Betreuung.

Es sind auch Kinder betroffen, die zum Teil erst sieben Jahre alt sind. Diese können nicht ohne Betreuung zu Hause bleiben. Die Eltern der Kinder sind berufstätig und auf die Betreuung der Kinder angewiesen. Insbesondere ist auch eine Betreuung in den Ferienzeiten wichtig und sicherzustellen.

**Herr Hornhues** stellt grundsätzlich fest, dass die Bildungsbehörde eine andere Rechtsauffassung zum neuen Ortsbeirätegesetz –hier dem verpflichtenden Erscheinen von

Behördenvertretern nach entsprechender Einladung- hat und die Absicht dieser Ortsbeirätegesetzänderung nicht verstanden hat. Der Beirat muss das nochmal thematisieren und klären. Inhaltlich sind die Fragen nicht beantwortet, z.B. ob ein Shuttleservice eine gangbare Alternative für die Kinder ist. Die Grundschule St. Magnus hatte sich seinerzeit bewusst gegen einen Klassenraum und für den Einbau einer Küche entschieden und jetzt soll dort ein pädagogischer Mittagstisch nicht möglich sein.

**Herr Heereman** fragt, ob Kita Bremen die für die zurzeit vakanten Plätze hinterlegten finanziellen Mittel nicht übergangsweise für die Finanzierung einer Hortgruppe genutzt werden können.

**Frau Appel** fragt sich, weshalb der Mittagstisch an der Schule nicht möglich sein soll. Die Grundschule schließt um 13:00 Uhr, was passiert danach Nutzerbezogen in sämtlichen Klassenräumen. Das Anforderungsprofil ist natürlich nicht deckungsgleich mit dem von Unterrichtsräumen, zum Mittag essen benötigt man keine Tafel oder dergleichen. Aber man kann doch Tische zusammenschieben, um gemeinsam zu essen. Man sollte mit der Schulleiterin das Gespräch suchen.

**Frau Schnaubelt** erinnert daran, dass die Forderung nach Hortbetreuung in St. Magnus seit vielen Jahren vorgebracht wird. Jetzt sollen die Kinder jeden Tag nach Lesum gefahren werden. Da wäre es doch besser, das Geld dafür an der Grundschule St. Magnus zu investieren.

**Frau Wolter** findet es sinnlos die Kinder hin und her zu fahren, da sollte man lieber das Essen bewegen und in der Schule St. Magnus ein Angebot schaffen.

**Herr Heereman** findet, dass die Bildungsbehörde Bedingungen schafft, unter denen Eltern nicht beide gleichberechtigt arbeiten können, obwohl Rot-Rot-Grün sich das doch auf die Fahne geschrieben hat.

**Herr Rühl** regt an, dass man die nächste Tagung des Ausschusses für Kinder und Bildung in der Grundschule St. Magnus stattfinden lassen sollte und dann das Gespräch mit der Schulleitung suchen sollte.

**Herr Heide** möchte Herrn Heereman entschieden widersprechen. Herr Heereman kritisiert den Senat ohne zu berücksichtigen, dass man sich in der Ausbauphase für die Kita- und Hortplätze befindet. Der Senat hat das Problem erkannt, sicher ist die Lage momentan noch nicht zufriedenstellend, aber man ist an Sache dran.

**Herr Heereman** möchte richtigstellen, dass die Aussage von Herrn Heide falsch ist, weil die Hortplätze nicht ausgebaut werden und nur der gesetzliche Anspruch auf einen Kita-Platz erfüllt werden soll.

Es erfolgt ein Beschlussvorschlag durch **Herrn Boehlke**.

**Beschluss:** (einstimmig)

1. *Der Beirat Burglesum kritisiert die Nichtteilnahme einer Vertretung aus dem Haus der Senatorin für Kinder und Bildung zum TOP 5. Der Verweis auf die Deputationsvorlage zu diesem Thema ersetzt nicht das Informationsrecht des Beirates in der gewünschten Form und verstößt damit gegen § 7 OBG. Das Ziel des Beirates ist es, auf der Basis*

*der Informationen, die durch die Behörde gegeben werden, in einer öffentlichen Diskussion die Möglichkeit der Klärung von offen gebliebenen Punkten oder ergänzenden Informationsnachfragen zu haben, um dann entsprechende Beschlüsse zu fassen. Durch eine Nichtteilnahme kann dieser Austausch zwischen dem Beirat, betroffenen Eltern und SKB nicht erfolgen.*

2. *Der Beirat Burglesum fordert die Senatorin für Kinder und Bildung auf, das Angebot eines pädagogischen Mittagstisches in St. Magnus weiterhin - mindestens im gleichen Umfang - aufrecht zu erhalten und dieses Angebot nahtlos zu Beginn des Schuljahres 2020 / 2021 anzubieten. Zu den bisherigen Überlegungen eines Angebots im Horthaus Lesum, die mit erheblichen Investitionen verbunden sind, unverzüglich weitere Alternativen innerhalb des Ortsteils St. Magnus zu prüfen, um den Weg für die Schüler\*innen so gering wie möglich zu halten. In diesem Zusammenhang erwartet der Beirat noch einmal eine genauere Prüfung am Standort der Kindertagesstätte Richthofenstraße und der Grundschule St. Magnus, zumal dort ein, zur Küche umfunktionaler, Klassenraum bereits existiert und sich aus der Sicht des Beirates für einen pädagogischen Mittagstisch anbietet.*
3. *Der Beirat Burglesum bittet außerdem darum zu prüfen, ob die finanziellen Mittel zurzeit, wegen nicht vorhandenen Personals, unbesetzte Kita-Plätze zur vorübergehenden Finanzierung eines pädagogischen Mittagstisches umgewidmet werden können.*

## **TOP 6: „Wohnen in Nachbarschaften (WiN)“ – Analyse und Fortführung für Burglesum**

**Herr Boehlke** begrüßt Frau Annett Schröder von der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau und Herrn Kai-Ole Hausen von der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport.

**Herr Boehlke** teilt mit, dass die Evaluation sowie ein Vorschlag zur Weiterführung des Programmes „Wohnen in Nachbarschaften“ für 2020 bis 2025 vorliegen. Es sind Verbesserungen für Marßel geplant, die schon lange eine Forderung des Beirates sind. „Sorgenkind“ bleibt das Alwin-Lonke-Quartier, dort ist Hilfe dringend erforderlich, aber bislang ist das Quartier zu klein für eine Förderung durch WiN. Eine Absicherung über „Lebendige Quartiere“ ist angestrebt.

**Herr Hausen und Frau Schröder** stellen mittels Präsentation das Projekt „Wohnen in Nachbarschaften (s. Anlage 1) vor.

**Frau Wolter** fragt nach den Menschen über 65 Jahre, hierzu fehlen Daten. In Marßel ist die Problemlage, dass viele Menschen dort sehr alt sind, wie bilden sich die Altersarmut und Vereinsamung bei der Erhebung ab. Werden Projekte durchgeführt, die diese Aspekte berücksichtigen.

**Herr Hornhues** stellt fest, dass das Halmgebiet scheinbar herausgefallen ist oder nur knapp an der Erfassungsgrenze liegt. Er ist ernüchtert nach den Versprechungen die vor der Wahl gemacht wurden. Es ist schön, dass es für Marßel eine Aufstockung gibt, aber für das Alwin-Lonke-Quartier steht noch nichts fest außer dem schönen Namen „lebendige Quartiere“. Die

Themen Umwelt und Klima finden überhaupt keine Erwähnung. Man sollte aktiv darauf einwirken, dass auch diese Themen stattfinden.

**Herr Heereman** ist sich nicht sicher, ob die Themen Umwelt und Klima der Lebensrealität der Menschen in den Quartieren entspricht. Er fragt, weshalb die Nichtabiturquote so zentral wichtig ist.

**Frau Schröder** erläutert, dass die Altersarmut stark mit dem SGB II Bezug korrespondiert. Das Halmquartier ist zu kleinräumig um es zu erfassen, es ist statistisch nicht abbildbar.

Die Nichtabiturquote ist Eingangsindikator für Armut. Armut und Bildung sind stark miteinander verknüpft. Es gab keine andere Möglichkeit, eine Messgröße zu finden.

**Herr Müller** findet es gut, wenn neue Handlungsfelder wie Umwelt und Klima aufgegriffen werden. Auch im Marßeler Quartier ist ein Klimabewusstsein vorhanden.

**Herr Heide** äußert Bedenken an der Vorgehensweise, dass nach Abschluss der Förderung Quartiere wieder abrutschen und spricht sich für eine langfristige Förderung aus bis eine wirkliche Stabilisierung erreicht wurde.

**Frau Schnaubelt** bedauert, dass leider aufgrund der Datenschutzvorgaben nicht so kleinteilige Ergebnisse möglich sind, wie teilweise notwendig. Kleine Brennpunkte sollte man nicht vergessen. Sie fragt, wer die Grenzwerte festlegt oder beurteilt.

**Frau Schröder** teilt mit, dass leider durch den Datenschutz Grenzen gesetzt sind, die nicht überwindbar sind. Die Bundesagentur für Arbeit blockiert die Herausgabe von Daten. 1000 Einwohner sind die Grenze bei der Herausgabe von Daten.

Es erfolgt ein Beschlussvorschlag durch **Herrn Boehlke**.

**Beschluss:** (einstimmig)

*Der Beirat Burglesum nimmt den Bericht zur Kenntnis und begrüßt die Aufstockung der Förderung für Marßel.*

*Für das Alwin-Lonke-Quartier sieht der Beirat weiterhin großen Unterstützungsbedarf bei der Förderung von sozialen und baulichen Strukturen. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport sowie die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau werden gebeten, das Alwin-Lonke-Quartier ausreichend im Programm „Lebendige Quartiere“ zu berücksichtigen und darüber hinaus die dortige Wohnungsbaugesellschaft VONOVIA an ihre Vermieterpflichten hinzuweisen. Hierzu zählt auch der Stopp der zunehmenden Vermüllung im öffentlichen Raum, unter anderem ausgelöst durch ein nicht immer funktionierendes Müllentsorgungssystem.*

*Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport wird ferner gebeten, die soziale Struktur des Halmgebietes in Burglesum noch einmal kleinteilig zu begutachten und Handlungsempfehlungen für eine Aufweitung des Quartiers zu entwickeln. Die Ergebnisse sind dann im Rahmen des Programmes „Lebendige Quartiere“ zu bewerten.*

## **TOP 7: Mitteilungen des Ortsamtsleiters**

Hinweise an die Beiratsmitglieder, dass folgende Antwortschreiben in Kopie in ihren Mappen liegen:

- Rechtsberatung für Beiräte: Antwort zum Beiratsbeschluss vom 22.10.2019
- Autobahnbrücke über die Lesum: Antwort zum Beiratsbeschluss vom 19.11.2019

## **TOP 8: Mitteilungen des Beiratssprechers**

**Herr Hornhues** teilt mit, dass man noch einen Sachstand zur Forderung der grünen Welle (Baustelle Autobahnbrücke) auf dem Heerstraßenzug erwartet.

Zur Klage der Piraten informiert Herr Hornhues zum Sachstand des Verfahrens. Ein Gespräch mit dem Rechtsbeistand für die beklagten Beiräte hat stattgefunden. Üblicherweise werden Klagen, die Auswirkungen auf Wahlen haben, sehr zügig durch die Gerichte bearbeitet, so dass es voraussichtlich kurz vor oder direkt nach der Sommerpause zu einer Verhandlung kommen wird.

Am 27. Februar 2020 ist Beirätekonferenz, leider können Beiratssprecher und Vertreterin nicht, die Beiratsmitglieder prüfen, wer stattdessen teilnehmen kann.

## **TOP 9: Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder in stadtteilbezogenen Angelegenheiten**

- 9.1:** **Herr Rühl** teilt mit, dass auf der Fläche Ecke Camminer Straße/Burgdammer Ring sehr viel Müll herumliegt.
- 9.2:** **Herr Müller** sagt, dass der Rinnstein auf der linken Seite der Malmöstraße auf Höhe der Apotheke stark verschmutzt ist.
- 9.3:** **Herr Heereman** schlägt vor, dass zur Vorstellung der Kriminalstatistik nicht nur Vertreter der Polizei in die Beiratssitzung kommen sollten, sondern auch aus dem Justizressort.
- 9.4:** **Herr Friesen** teilt mit, dass an der Bremerhavener Heerstraße 12 Bauland verkauft wurde, er befürchtet, dass das an der Straße liegende Gebäude abgerissen werden könnte.
- 9.5:** **Herr Friesen** weist darauf hin, dass die Betonpoller Am Heidbergstift beschädigt sind.

Ende der Sitzung um 21:40 Uhr.

**gez. Boehlke**  
Vorsitzender

**gez. Hornhues**  
Sprecher des Beirates

**gez. Tietjen**  
Protokoll